

No. 37774

**Austria
and
Ukraine**

Agreement between the Austrian Federal Government and the Government of the Ukraine on the cooperation regarding the voluntary payments of the Republic of Austria to former slave and forced laborers of the National Socialist Regime. Vienna, 24 October 2000

Entry into force: *11 December 2000 by notification, in accordance with article 9*

Authentic texts: *German and Ukrainian*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Austria, 23 October 2001*

**Autriche
et
Ukraine**

Accord de coopération entre le Gouvernement de la République d'Autriche et le Gouvernement de l'Ukraine concernant les paiements volontaires par la République d'Autriche à des personnes autrefois contraintes à l'esclavage et au travail forcé par le régime national-socialiste. Vienne, 24 octobre 2000

Entrée en vigueur : *11 décembre 2000 par notification, conformément à l'article 9*

Textes authentiques : *allemand et ukrainien*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Autriche, 23 octobre 2001*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN

**ZWISCHEN DER ÖSTERREICHISCHEN BUNDESREGIERUNG
UND DER REGIERUNG DER UKRAINE ÜBER**

**DIE ZUSAMMENARBEIT BEI DEN FREIWILLIGEN LEISTUNGEN DER
REPUBLIK ÖSTERREICH AN EHEMALIGE SKLAVEN- UND
ZWANGSARBEITER DES NATIONALSOZIALISTISCHEN REGIMES**

DIE ÖSTERREICHISCHE BUNDESREGIERUNG UND DIE REGIERUNG DER
UKRAINE,

im folgenden „die Vertragsparteien“ genannt.

IN DER ERKENNTNIS, daß Diktatur und Krieg den Fremdenhass, die Unfreiheit, Rassismus, Intoleranz und Massenmord brachten und daß die Einmaligkeit und Unvergleichbarkeit des Verbrechens des Holocaust, der Völkermord an slawischen und anderen Völkern Mahnung zu ständiger Wachsamkeit gegen alle Formen von Diktatur und Totalitarismus sind.

IN DER ÜBERZEUGUNG, daß nur durch Gerechtigkeit und Versöhnung dauerhafte Stabilität und ein friedliches und sicheres Miteinander gewährleistet werden können sowie das Wissen und die Sensibilität für die Strukturen und Mechanismen des nationalsozialistischen Unrechtssystems den künftigen Generationen als Mahnung für die Zukunft weitergegeben werden müssen,

VON DEM WUNSCH GELEITET, Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien zu schaffen, um ehemaligen Sklaven- und Zwangsarbeitern des nationalsozialistischen Regimes auf dem Gebiete der heutigen Republik Österreich eine freiwillige Leistung der Republik Österreich unter Berücksichtigung der Verantwortung der betroffenen Unternehmen zu geben.

IN DER ERKENNTNIS, daß durch diese freiwillige Leistung der Republik Österreich ein wesentlicher Beitrag zu Versöhnung, Frieden und Verständigung der Völker in Europa gesetzt wird,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

ARTIKEL 1

Definitionen

Für die Zwecke dieses Abkommens

(1) bezeichnet der Begriff „Fonds“ den durch österreichisches Bundesgesetz eingerichteten Fonds für freiwillige Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes (Versöhnungsfonds).

(2) bezeichnet der Begriff „Stiftung“ die von der Ukraine gegründete Nationale Stiftung „Verständigung und Aussöhnung“.

ARTIKEL 2

Gegenstand des Abkommens

Die österreichische Bundesregierung wird den Fonds veranlassen, in einem Höchstmaß von ÖS 1.080 Millionen über die Stiftung einmalige finanzielle Beiträge an natürliche Personen zu leisten, die vom nationalsozialistischen Regime auf das Gebiet der heutigen Republik Österreich deportiert und zur Sklaven- oder Zwangsarbeit verpflichtet wurden, im Zeitpunkt ihrer Deportation sowjetische Staatsbürger waren und am 15. Februar 2000 ihren ständigen Wohnsitz in der Ukraine oder Moldau hatten. Dies gilt auch für Personen mit heutigem ständigen Wohnsitz in den ehemaligen Teilrepubliken der Sowjetunion mit Ausnahme der Russische Föderation, Belarus, Litauen, Lettland und Estland, wenn sie aus dem Gebiet der heutigen Ukraine oder Moldau deportiert wurden.

ARTIKEL 3

Grundsätze für den Empfang von Leistungen

(1) Als Leistungsempfänger kommen ehemalige vom nationalsozialistischen Regime auf das Gebiet der heutigen Republik Österreich deportierte Sklaven- oder Zwangsarbeiter, insofern sie keine Leistungen aus dem Titel ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeit von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ der Bundesrepublik Deutschland erhalten können, in Betracht, nämlich

- a) Sklavenarbeiter (ÖS 105.000),
- b) Zwangsarbeiter in der Industrie (ÖS 35.000),
- c) Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft (ÖS 20.000),
- d) mitdeportierte Kinder und Minderjährige vor Vollendung des 12. Lebensjahres und Kinder, die während des Zwangsarbeitseinsatzes ihrer Mutter auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich geboren wurden (je nach Kategorie der Eltern), und
- e) weibliche Zwangsarbeiter, die Kinder in Ostarbeiterinnenentbindungsheimen zur Welt brachten oder zum Schwangerschaftsabbruch genötigt wurden (zusätzlich ÖS 5.000), die im Zeitpunkt ihrer Deportation sowjetische Staatsbürger waren und am 15. Februar 2000 ihren ständigen Wohnsitz in der Ukraine oder Moldau hatten, ebenso Personen mit heutigem ständigen Wohnsitz in den ehemaligen Teilrepubliken der Sowjetunion mit Ausnahme der Russischen Föderation, Belarus, Litauen, Lettland und Estland, wenn sie aus dem Gebiet der heutigen Ukraine oder Moldau deportiert wurden.

(2) Leistungen sind höchstpersönlich und ausdrücklich zu beantragen. Personen, deren vollständige und überprüfte Unterlagen über die von ihnen geleistete Sklaven- und Zwangsarbeit sich im Besitz der Stiftung befinden, sind nicht verpflichtet, neue Anträge auf Auszahlungen einzureichen. Ist der Leistungsberechtigte am oder nach dem 15. Februar 2000 verstorben, treten an seine Stelle die Erben nach ukrainischem Recht. Ein Rechtsanspruch auf Leistungen gemäß diesem Abkommen besteht nicht.

(3) Der Antragsteller hat die Leistungsvoraussetzungen durch Urkunden nachzuweisen oder auf andere Weise glaubhaft zu machen. Beim Empfang der Leistung ist eine Erklärung abzugeben, dass auf die Geltendmachung von Forderungen gegen die Republik Österreich und österreichische Unternehmen und gegen die Bundesrepublik Deutschland und deutsche

Unternehmen für Sklaven- und Zwangsarbeit gemäß diesem Abkommen unwiderruflich verzichtet wird.

(4) Die österreichische Bundesregierung und die Regierung der Ukraine informieren einander gesondert über die Einzelheiten der Regelung für Empfang und Umfang der Leistungen.

ARTIKEL 4

Grundsätze für die Erbringung der Leistung

(1) Die Auszahlung der vom Fonds zur Verfügung gestellten Mittel erfolgt durch die Stiftung. Mittel des Fonds werden je nach Bedarf innerhalb kürzest möglicher Frist aufgrund der von der Stiftung übermittelten und vom Fonds stichprobenartig überprüften Listen der Personen gemäß den in Artikel 3 Absatz 1 genannten Kategorien, die die Leistungsvoraussetzungen erfüllen, zugewiesen.

(2) Die Zahlungen erfolgen in konvertibler Währung (Devisen) auf das Konto der Stiftung, das die Regierung der Ukraine der österreichischen Bundesregierung angeben wird.

(3) Die Regierung der Ukraine verpflichtet sich, Leistungen nach diesem Abkommen von allen Abgaben, Steuern und Gebühren zu befreien, die Leistungen ohne Abzüge weiterzugeben und insbesondere keine Minderung von Einkünften der Leistungsberechtigten aus dem System der sozialen Sicherheit, dem Gesundheitswesen oder aus anderen Bereichen herbeizuführen.

(4) Die Stiftung wird dafür Sorge tragen, daß Personen, deren Anträge auf Leistungen sie abgewiesen hat, die Möglichkeit der Anrufung einer Beschwerdestelle der Stiftung eingeräumt wird.

(5) Im Interesse größtmöglicher Transparenz bei der Durchführung dieses Abkommens ist eine entsprechende regelmäßige internationale Wirtschaftsprüfung der Stiftung vorzusehen.

deren Auswahl im Einvernehmen zwischen Stiftung und Fonds zu treffen ist. Die anfallenden Kosten werden vom Fonds übernommen.

(6) Bei der Gewährung der Leistung ist Vorsorge zu treffen, dass die österreichische Herkunft der Mittel und der Leistungszweck gegenüber den Leistungsberechtigten und der Öffentlichkeit entsprechend betont werden.

(7) Einzelheiten der Leistungserbringung sind in Verträgen zwischen dem Fonds und der Stiftung zu regeln. In diesen Verträgen ist auch die Übernahme der angemessenen Deckung der bei der Stiftung entstehenden Personal- und Sachkosten durch Mittel des Fonds zu regeln. Weiters ist sicherzustellen, daß es bei Sklaven- und Zwangsarbeit, die teilweise sowohl im Leistungsbereich der deutschen Stiftung, als auch in jenem des Fonds geleistet wurde, zu keinen Doppelzahlungen kommt.

ARTIKEL 5

Datenschutz

(1) Die Stiftung und der Fonds sind berechtigt, von Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen Auskünfte einzuholen, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Eine Auskunftserteilung unterbleibt, soweit besondere gesetzliche Bestimmungen dem entgegenstehen oder die schutzwürdigen Geheimhaltungsinteressen des Betroffenen die berechtigten Informationsinteressen der Stiftung oder des Fonds überwiegen.

(2) Die eingeholten Auskünfte dürfen nur für die Erfüllung der Zwecke nach diesem Abkommen, personenbezogene Daten eines Antragstellers nur für das Verfahren zur Leistungsgewährung verwendet werden. Die Verwendung dieser Daten für andere Zwecke ist zulässig, wenn der Antragsteller ausdrücklich zustimmt.

ARTIKEL 6

Vertretung

(1) Die Regierung der Ukraine kann einen Vertreter als Mitglied in das Kuratorium des Versöhnungsfonds entsenden.

(2) Die Regierung der Ukraine wird dafür Sorge tragen, daß vom Fonds zu benennenden Personen gestattet wird, in die Arbeiten der Stiftung, die mit der Durchführung dieses Abkommens zusammenhängen, Einsicht zu nehmen.

ARTIKEL 7

Rechtssicherheit

Die Ukraine wird weitere Forderungen ihrer Staatsbürger gegenüber der Republik Österreich oder österreichischen Unternehmen aus dem Titel ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeit unter dem nationalsozialistischen Regime auf dem heutigen Gebiet der Republik Österreich nicht geltend machen und weder vertreten noch unterstützen.

ARTIKEL 8

**Anträge früherer sowjetischer und ukrainischer oder heutiger ukrainischer
Staatsbürger außerhalb des Abkommens**

Dieses Abkommen berührt nicht die Möglichkeit früherer sowjetischer und ukrainischer oder heutiger ukrainischer Staatsbürger, die nicht unter dieses Abkommen fallen, Anträge direkt an den Fonds zu richten.

ARTIKEL 9

Inkrafttreten

Dieses Abkommen tritt an dem Tage in Kraft, an dem die letzte schriftliche Mitteilung in Empfang genommen wird, mit denen die Vertragsparteien einander über die Erfüllung der innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens in Kenntnis gesetzt haben.

GESCHEHEN zu Wien, am 24. Oktober 2000, in zwei Urschriften, jede in deutscher und ukrainischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen authentisch ist.

FÜR DIE ÖSTERREICHISCHE
BUNDESREGIERUNG:

Dr. Wolfgang Schüssel

FÜR DIE REGIERUNG DER
UKRAINE:

Olexander Maidannyk

[UKRAINIAN TEXT — TEXTE UKRAINIEN]

УГОДА

**МІЖ ФЕДЕРАЛЬНИМ УРЯДОМ РЕСПУБЛІКИ АВСТРІЯ ТА
УРЯДОМ УКРАЇНИ ПРО**

**СПІВРОБІТНИЦТВО ЩОДО ДОБРОВІЛЬНИХ ВИПЛАТ
РЕСПУБЛІКИ АВСТРІЯ ОСОБАМ, ЩО ЗАЛУЧАЛИСЯ ДО
РАБСЬКОЇ АБО ПРИМУСОВОЇ ПРАЦІ ЗА ЧАСІВ НАЦІОНАЛ-
СОЦІАЛІСТСЬКОГО РЕЖИМУ**

Федеральний уряд Республіки Австрія та Уряд України,

далі "Договірні Сторони".

УСВІДОМЛЮЮЧИ, що диктатура і війна несуть з собою шовінізм, позбавлення свободи, расизм, нетерпимість і масові вбивства, а безпрецедентність злочинів Холокосту і геноциду слов'янських та інших народів є нагадуванням про необхідність постійної пильності щодо будь-яких форм диктатури і тоталітаризму,

БУДУЧИ ПЕРЕКОНАНИМИ, що тільки справедливість та примирення можуть забезпечити тривалу стабільність та мирне і безпечне співіснування, а знання і загострене сприйняття структур і механізмів націонал-соціалістської протиправної системи мають бути передані прийдешнім поколінням як пересторога на майбутнє.

КЕРУЮЧИСЬ БАЖАННЯМ започаткувати співпрацю між договірними сторонами з метою забезпечення добровільних виплат Республіки Австрія

особам, що перебували на рабських та примусових роботах на території нинішньої Республіки Австрія за часів націонал-соціалістського режиму, з урахуванням відповідальності відповідних підприємств,

УСВІДОМЛЮЮЧИ, що цими добровільними виплатами Республіка Австрія робить вагомий внесок у справу примирення, збереження миру та взаєморозуміння між народами у Європі,

ДОМОВИЛИСЬ ПРО ТАКЕ:

СТАТТЯ 1 ВИЗНАЧЕННЯ

Для цілей Угоди

(1) термін “Фундація” означає “Фонд примирення, миру та співпраці” (Фонд примирення), створений відповідно до австрійського федерального закону “Про Фонд добровільних виплат Республіки Австрія колишнім працівникам рабської або примусової праці націонал-соціалістського режиму (Закону “Про Фонд примирення”).

(2) термін “Фонд” означає заснований в Україні Національний фонд “Взаєморозуміння та примирення”

СТАТТЯ 2 ПРЕДМЕТ УГОДИ

Федеральний уряд Республіки Австрія доручає “Фундації” з максимальної загальної суми 1 мільярд 80 мільйонів австрійських шилінгів здійснити через “Фонд” одноразові грошові виплати фізичним

особам, які були депортовані нацистським режимом на територію нинішньої Республіки Австрія, де залучалися до рабської та примусової праці, і на момент депортації були радянськими громадянами, а станом на 15 лютого 2000 р. постійно проживали в Україні або Молдові. Це стосується також осіб, які сьогодні постійно проживають на території інших колишніх республік СРСР за винятком Російської Федерації, Білорусі, Литви, Латвії та Естонії якщо вони були депортовані з території нинішніх України або Молдови.

СТАТТЯ 3 ПІДСТАВИ ДЛЯ ОТРИМАННЯ ВИПЛАТ

(1) Отримувачами грошових виплат можуть бути колишні працівники, залучені до рабської та примусової праці, які були депортовані націонал-соціалістським режимом на територію нинішньої Республіки Австрія, якщо вони не зможуть отримати виплати з фонду "Пам'ять, відповідальність і майбутнє" Федеративної Республіки Німеччина, на підставі свого статусу рабського та примусового працівника, а саме:

а) особи, що залучалися до рабської праці (105 000 австр. шил.);

б) особи, що залучалися до примусової праці в промисловості (35 000 австр. шил.);

в) особи, що залучалися до примусової праці у сільському господарстві (20 000 австр. шил.);

г) депортовані разом з батьками діти і неповнолітні до виповнення 12 років та діти, народжені під час перебування їх матерів на примусових роботах на території нинішньої Австрії (відповідно до категорії батьків);

д) примусові працівники жіночої статі, які народили дітей у пологових будинках для "остарбайтерів" або змушені були зробити аборт (додатково 5 000 австр. шил),

які на момент депортації були радянськими громадянами і станом на 15 лютого 2000 р. постійно проживали в Україні або Молдові, а також особи, які сьогодні постійно проживають на території інших колишніх республік СРСР за винятком Російської Федерації, Білорусі, Литви, Латвії та Естонії, якщо вони були депортовані з території нинішніх України або Молдови.

(2) Заява на отримання виплат складається особисто і аргументовано. Особи, чий укомплектовані та перевірені документи, що свідчать про їх залучення до рабської та примусової праці, вже має "Фонд", не зобов'язані подавати нові заяви на отримання виплат. Якщо особа, яка мала право на отримання виплати, померла 15 лютого 2000 р. або після цієї дати, це право отримують її спадкоємці відповідно до законодавства України. Отримання виплат згідно з цією Угодою через суд не передбачено.

(3) Заявник має підтвердити своє право на грошову виплату відповідними документами або в інший спосіб довести таке право. При отриманні виплати складається заява про остаточну відмову від подальших претензій до Республіки Австрія та австрійських фірм, а також до Федеративної Республіки Німеччина та німецьких підприємств щодо виплат за рабську та примусову працю згідно з цією Угодою.

(4) Федеральний уряд Республіки Австрія та уряд України інформують один одного окремо про деталі регулювання процесу отримання виплат та їхніх обсягів.

СТАТТЯ 4
ОСНОВНІ УМОВИ ЗДІЙСНЕННЯ ВИПЛАТ

(1) Виплата коштів, які надає "Фундація", відбувається через "Фонд". Кошти надаватимуться "Фундацією" відповідно до потреб у найкоротший термін на підставі наданих "Фондом" та вибірково перевірених "Фундацією" списків осіб, згідно з визначеними в абзаці 1 статті 3 категоріями, які відповідають вимогам до осіб, що мають право на отримання виплат.

(2) Виплати здійснюються у вільно конвертованій валюті та перераховуються на рахунок "Фонду", банківські реквізити якого Федеральному уряду Республіки Австрія повідомляє Уряд України.

(3) Уряд України зобов'язується звільнити грошові виплати від податків та зборів (обов'язкових платежів), виплатити їх без відрахувань і, зокрема, не допустити, щоб виплати призвели до скорочення надходжень з системи соціального забезпечення, медичного забезпечення або з інших джерел для осіб, які мають право на отримання виплат.

(4) Фонд вживатиме заходів для того, щоб особи, чії заяви будуть відхилені, могли б звертатися з апеляцією.

(5) В інтересах якомога більшої прозорості процесу реалізації Угоди передбачається регулярний міжнародний аудит "Фонду", при цьому склад перевіряючих визначається за взаємною згодою "Фундації" та "Фонду". Витрати на перевірки несе "Фундація".

(6) При здійсненні виплат особливо звертатиметься увага отримувачів і громадськості на австрійське походження коштів та мету виплат.

(7) Деталі механізму виплати коштів отримувачам регулюються договорами між “Фундацією” та “Фондом”. Цими ж договорами регулюється відповідне покриття видатків “Фонду” на утримання персоналу та інші матеріальні видатки з коштів “Фундації”. Також мають бути вжиті заходи щодо запобігання подвійним виплатам особам у випадках, коли рабська та примусова праця мала місце частково в зоні компетенції німецького фонду, а також цієї “Фундації”.

СТАТТЯ 5

Захист даних

(1) “Фонд” та “Фундація” мають право на отримання та використання, з метою виконання цієї Угоди та згідно з національним законодавством держав Договірних Сторін, інформації від урядових установ та громадських організацій. У наданні інформації може бути відмовлено, якщо її поширення забороняється законом або в разі, коли інтереси особи, які охороняються законом щодо нерозповсюдження інформації, мають більше значення, ніж виправданий інтерес “Фонду” або “Фундації”.

(2) Отриман інформація має використовуватись лише для досягнення мети цієї Угоди, дані щодо особи заявника - лише для розгляду питання про призначення йому виплати. Використання цих даних з іншою метою допустиме лише з дозволу подавача заяви.

**СТАТТЯ 6
ПРЕДСТАВНИЦТВО**

(1) Уряд України має право делегувати свого представника до виконавчого органу "Фундації" (Кураторіуму).

(2) Уряд України має забезпечити можливість, призначеним "Фундацією" особам ознайомлюватись з роботою "Фонду", пов'язаною з виконанням цієї Угоди.

**СТАТТЯ 7
Правові гарантії**

Україна не буде визнавати, представляти та підтримувати претензії своїх громадян до Республіки Австрія та австрійських підприємств щодо статусу колишніх рабських або примусових працівників на території нинішньої Республіки Австрія за часів націонал-соціалістського режиму.

**СТАТТЯ 8
ЗАЯВИ (ПРЕТЕНЗІЇ) КОЛИШНІХ РАДЯНСЬКИХ ТА
УКРАЇНСЬКИХ, А ТАКОЖ НИНІШНІХ ГРОМАДЯН УКРАЇНИ
ПОЗА ЦІЄЮ УГОДОЮ**

Ця Угода не позбавляє права колишніх радянських та українських, рівно як і нинішніх громадян України, на яких не поширюється дія цієї Угоди, подавати заявки безпосередньо до "Фундації".

Стаття 9
НАБУТТЯ ЧИННОСТІ

Угода набирає чинності з дати отримання останнього з письмових повідомлень Договірних Сторін про виконання внутрішньодержавних процедур, необхідних для набуття цією Угодою чинності.

Вчинено у м. Відень 24 жовтня 2000 року в двох примірниках, німецькою та українською мовами, при чому обидва тексти мають однакову силу.

За Федеральний уряд
Республіки Австрія
Dr. Wolfgang Schüssel

За Уряд
України
Olexander Maidannyk

[TRANSLATION - TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE AUSTRIAN FEDERAL GOVERNMENT AND
THE GOVERNMENT OF UKRAINE ON COOPERATION REGARDING
VOLUNTARY PAYMENTS BY THE REPUBLIC OF AUSTRIA TO
FORMER SLAVE LABOURERS AND FORCED LABOURERS OF THE
NATIONAL SOCIALIST REGIME

The Austrian Federal Government and the Government of Ukraine, hereinafter referred to as "the Contracting Parties",

Recognizing that dictatorship and war resulted in xenophobia, lack of freedom, racism, intolerance and mass murder and that the unique nature and incomparability of the crime of the Holocaust and the genocide against Slavic and other peoples are a warning to maintain constant vigilance against all forms of dictatorship and totalitarianism,

Convinced that lasting stability and peaceful and safe coexistence can be ensured only through justice and reconciliation and that the knowledge and awareness of the structures and mechanisms of the National Socialist system of injustice must be passed on to coming generations as a warning for the future,

Guided by the desire to engender cooperation between the Contracting Parties in order to give former slave labourers and forced labourers of the National Socialist regime in the territory of the present-day Republic of Austria a voluntary payment by the Republic of Austria with account taken of the responsibility of the enterprises concerned,

Recognizing that these voluntary payments by the Republic of Austria constitute an essential contribution to reconciliation, peace and understanding among peoples in Europe,

Have agreed as follows:

Article 1. Definitions

For the purposes of this Agreement

1. The term "Fund" means the Fund for Voluntary Payments by the Republic of Austria to Former Slave Labourers and Forced Labourers of the National Socialist Regime (Reconciliation Fund), established under Austrian federal law.

2. The term "Foundation" means the National Foundation "Understanding and Reconciliation", established by Ukraine.

Article 2. Subject of the Agreement

The Austrian Federal Government shall enable the Fund to make one-time financial contributions in the maximum amount of 1.08 million Austrian schillings through the Foundation to natural persons who were deported by the National Socialist regime to the territory of the present-day Republic of Austria and coerced into slave labour or forced labour, at the time of their deportation were Soviet nationals and on 15 February 2000 had their permanent residence in Ukraine or Moldavia. This shall also apply to persons whose

present permanent residence is in former constituent republics of the Soviet Union, except for the Russian Federation, Belarus, Lithuania, Latvia and Estonia, if they were deported from the territory of the present-day Ukraine or Moldavia.

Article 3. Principles for the receipt of payments

1. Former slave labourers or forced labourers deported by the National Socialist regime to the territory of the present-day Republic of Austria shall be considered payment recipients if they are unable to obtain payments in connection with slave labour or forced labour from the foundation "Remembrance, Responsibility and the Future" of the Federal Republic of Germany, namely:

- (a) Slave labourers (105,000 Austrian schillings),
- (b) Forced labourers in industry (35,000 Austrian schillings),
- (c) Forced labourers in agriculture (20,000 Austrian schillings),

(d) Accompanying children and minors deported prior to completion of the twelfth year of age and children who were born during the period of forced labour of their mothers in the territory of the present day Republic of Austria (each in accordance with the category of the parents), and

(e) Female forced labourers who gave birth to children in eastern worker maternity homes or were forced to terminate their pregnancy (an additional 5,000 Austrian schillings), who at the time of their deportation were Soviet nationals and on 15 February 2000 had their permanent residence in Ukraine or Moldavia, as well as persons whose present permanent residence is in former constituent republics of the Soviet Union, except for the Russian Federation, Belarus, Lithuania, Latvia and Estonia, if they were deported from the territory of the present-day Ukraine or Moldavia.

2. Payments shall be strictly personal and must be applied for as such. Persons whose complete and verified documents concerning the slave labour or forced labour performed by them are in the possession of the Foundation shall not be obliged to submit further applications for payments. If a person entitled to a payment died on or after 15 February 2000, his heirs under Ukrainian law shall succeed to the entitlement. A legal claim to payments under this Agreement shall not exist.

3. The applicant shall prove through documentation or otherwise establish as credible eligibility for payments. When a payment is received, a declaration shall be made that the advancing of any claim against the Republic of Austria and Austrian enterprises or against the Federal Republic of Germany and German enterprises for slave labour or forced labour under this Agreement is irrevocably renounced.

4. The Austrian Federal Government and the Government of Ukraine shall separately inform one another about the details of the arrangement for the receipt and size of payments.

Article 4. Principles for the awarding of payments

1. The payments of funds made available through the Fund shall be carried out by the Foundation. The funds of the Fund shall be granted according to need within the shortest possible period of time on the basis of the list of persons who fulfil the payment requirements transmitted by the Foundation and checked on a random basis by the Fund in accordance with the categories referred to in article 3, paragraph 1.

2. The payments shall be made in convertible currency (foreign currency) into the Foundation's account, the requisite information on which shall be provided by the Government of Ukraine to the Austrian Federal Government.

3. The Government of Ukraine shall undertake to exempt the payments under this Agreement from all duties, taxes and fees, to transmit the payments without deductions and, in particular, not to reduce the benefits of eligible persons in the social security system, the health-care sector or other areas.

4. The Foundation shall see to it that persons whose payment applications it has rejected will have the possibility to lodge an appeal with an appeals board of the Foundation.

5. In the interest of the greatest possible transparency in the implementation of this Agreement an appropriate periodic international business audit of the Foundation shall be provided for, the selection of which shall be made by agreement between the Foundation and the Fund. The resulting costs shall be assumed by the Fund.

6. In the awarding of payments, measures shall be taken to ensure that the Austrian source of the funds and the purpose of the payments are appropriately emphasized to the eligible persons and the public.

7. The details for the awarding of payments shall be set forth in agreements between the Fund and the Foundation. The assumption of the appropriate coverage of the personnel and non-personnel costs incurred by the Foundation through funds from the Fund shall also be governed by these agreements. Steps shall continue to be taken to ensure that there are no duplicate payments in connection with slave labour and forced labour which were performed partially in both the area of competence of the German foundation as well as that of the Fund.

Article 5. Data protection

1. The Foundation and the Fund shall be entitled to obtain from the authorities and other public institutions the information that is necessary to carry out their tasks. Information shall not be provided if special legal provisions prohibit this or if secrecy interests of the person concerned that merit protection outweigh the legitimate information interests of the Foundation or the Fund.

2. The information received may be used only for achieving the purposes of this Agreement, and the personal data of an applicant may be used only for the procedure for awarding a payment. The use of these data for other purposes shall be permissible if the applicant has given his express consent.

Article 6. Representation

1. The Government of Ukraine may send a representative to the Reconciliation Fund's Board of Trustees to serve as a member.

2. The Government of Ukraine shall see to it that the persons to be appointed by the Fund are permitted to familiarize themselves with the work of the Foundation that is related to the implementation of this Agreement.

Article 7. Legal security

Ukraine shall not advance, advocate or support further claims by its nationals against the Republic of Austria or Austrian enterprises in connection with former slave labour or forced labour under the National Socialist regime in the present-day territory of the Republic of Austria.

Article 8. Applications by former Soviet and Ukrainian or present-day Ukrainian nationals outside the framework of the Agreement

This Agreement shall not affect the possibility of former Soviet and Ukrainian or present-day Ukrainian nationals who do not come under this Agreement to submit applications directly to the Fund.

Article 9. Entry into force

This Agreement shall enter into force on the date on which the last written notification has been received through which the Contracting Parties have informed one another about the fulfilment of the domestic requirements for the entry into force of the Agreement.

Done at Vienna on 24 October 2000 in two original copies, each in the German and Ukrainian languages, both texts being equally authentic.

For the Austrian Federal Government:

DR. WOLFGANG SCHÜSSEL

For the Government of the Republic of Ukraine:

OLEXANDER MAIDANNYK

[TRANSLATION - TRADUCTION]

ACCORD DE COOPÉRATION ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LE GOUVERNEMENT DE L'UKRAINE CONCERNANT LES PAIEMENTS VOLONTAIRES PAR LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE À DES PERSONNES AUTREFOIS CONTRAINTES À L'ESCLAVAGE ET AU TRAVAIL FORCÉ PAR LE RÉGIME NATIONAL-SOCIALISTE.

Le Gouvernement de la République d'Autriche et le Gouvernement de la République de l'Ukraine, ci-après dénommés les "Parties contractantes".

Reconnaissant que la dictature et la guerre ont apporté la haine de l'étranger, l'absence de liberté, le racisme, la guerre et l'extermination et que le caractère exceptionnel et sans comparaison de l'holocauste appelle à une vigilance constante contre toutes les formes de dictature et de totalitarisme,

Convaincus que seul un esprit de justice et de réconciliation peut garantir une stabilité durable et une coexistence pacifique et sûre et que la connaissance et la perception des structures et des mécanismes du système inique national-socialiste doivent être transmises aux générations futures à titre de mise en garde pour l'avenir,

Animés du désir d'instaurer une coopération entre les Parties contractantes afin de garantir de manière générale et définitive, par un paiement volontaire de la République d'Autriche, une indemnisation aux personnes autrefois réduites en esclavage et contraintes au travail forcé par le régime national-socialiste sur le territoire de l'actuelle République d'Autriche compte tenu de la responsabilité des entreprises concernées,

Reconnaissant que, par ce paiement volontaire de la République d'Autriche, une contribution appréciable est apportée à la réconciliation, la paix et la compréhension des peuples d'Europe,

Sont convenus de ce qui suit :

Article 1. Définitions

Aux fins du présent Accord,

1. Par " Fonds ", on entend le fonds constitué par la loi fédérale autrichienne pour des paiements volontaires de la République d'Autriche aux personnes autrefois réduites en esclavage et contraintes au travail forcé par le régime national-socialiste (fonds de réconciliation).

2. Par "Fondation", on entend la Fondation nationale "Compréhension et Réconciliation" établi par l'Ukraine.

Article 2. Objet de l'Accord

Il incombera au Gouvernement fédéral autrichien d'effectuer, par l'intermédiaire de la Fondation, des paiements exceptionnels de 1.08 millions de schillings aux personnes phy-

siques qui ont été déportées par le régime national-socialiste sur le territoire de l'actuelle République d'Autriche pour y être réduites en esclavage ou contraintes au travail forcé, et qui avaient la nationalité soviétique au moment de leur déportation et avaient leur résidence permanente en Ukraine ou en Moldavie au 15 février 2000. Cette compensation s'applique également aux personnes qui avaient leur résidence permanente dans les anciennes Républiques de l'Union soviétique à l'exception de la Fédération de Russie, le Bélarus, la Lituanie, la Lettonie et l'Estonie si elles ont été déportées des territoires constituant l'actuelle Ukraine ou l'actuelle Moldavie.

Article 3. Principes du paiement

1. Les personnes autrefois réduites en esclavage ou contraintes au travail forcé par le régime national-socialiste et qui ont été déportées sur le territoire de l'actuelle République d'Autriche seront considérées comme destinataires aux paiements si elles ne peuvent pas recevoir de compensation de la Fondation "Souvenir, Responsabilité et Avenir" de la République fédérale allemande, notamment :

(a) les personnes réduites en esclavage (105,000 schillings autrichiens)

(b) les travailleurs forcés dans l'industrie (35,000 schillings autrichiens)

(c) les travailleurs forcés dans l'agriculture (20,000 schillings autrichiens)

(d) les enfants et les mineurs déportés avant qu'ils aient atteint l'âge de 12 ans ou qui sont nés pendant la période de travail forcé de leur mère sur le territoire de l'actuelle République d'Autriche (chacun en conformité avec la catégorie des parents), et

(e) les travailleurs forcés de sexe féminin qui ont accouché dans des maternités pour les travailleurs de l'Est ou qui ont été forcés d'avorter (5,000 schillings supplémentaires) ou qui au moment de leur déportation étaient des ressortissants soviétiques et qui au 15 février 2000 avaient leur résidence permanente en Ukraine ou en Moldavie. Cette compensation s'applique également aux personnes qui avaient leur résidence permanente dans les anciennes Républiques de l'Union soviétique à l'exception de la Fédération de Russie, le Bélarus, la Lituanie, la Lettonie et l'Estonie si elles ont été déportées des territoires constituant l'actuelle Ukraine ou l'actuelle Moldavie.

2. Les paiements sont strictement personnels et les demandes doivent être effectuées à ce titre. Les personnes dont la Fondation est en possession de documents complets et crédibles établissant qu'elles ont été réduites en esclavage ou qu'elles ont été des travailleurs forcés ne sont pas obligées de présenter d'autres demandes de paiement. Si une personne qui était habilitée à recevoir une compensation meurt le 15 février 2000 ou après, ses héritiers, selon la législation ukrainienne, ont droit à la compensation. Le présent accord ne permet pas qu'une demande par voie légale soit présentée.

3. Le demandeur doit prouver par une documentation appropriée ou établir de manière crédible qu'il est fondé à demander qu'un paiement lui soit versé. Au moment du versement du paiement, la personne doit faire une déclaration indiquant qu'elle renonce de manière irrévocable à toute réclamation à l'encontre de la République d'Autriche et des entreprises autrichiennes ou à l'encontre de la République fédérale d'Allemagne ou des entreprises allemandes.

4. Le Gouvernement fédéral autrichien et le Gouvernement de l'Ukraine doivent se communiquer, de manière séparée, les détails de l'arrangement concernant le versement et le volume des paiements.

Article 4. Principes du paiement

1. Les paiements doivent être effectués par l'intermédiaire du Fonds et sous l'égide de la Fondation. Les fonds seront versés en tenant compte des besoins et dans le plus court délai possible sur la base d'une liste de personnes remplissant les conditions exigées qui a été transmise à la Fondation et qui est vérifiée de manière aléatoire par le Fond conformément aux catégories mentionnées au paragraphe 1 de l'article 3.

2. Les paiements doivent être effectués en monnaie convertible (devise étrangère) au compte de la Fondation au sujet duquel le Gouvernement de l'Ukraine fournira au Gouvernement fédéral autrichien les informations demandées.

3. Le Gouvernement de l'Ukraine doit s'efforcer d'exonérer les paiements de tout droit, taxes ou redevances et de les transmettre à leur bénéficiaire sans aucune déduction et notamment de ne pas réduire la couverture de son système de sécurité sociale, du secteur des soins de santé et autre des personnes éligibles aux compensations du fonds.

4. La Fondation doit s'assurer que les personnes dont les demandes ont été rejetées puissent faire appel devant son conseil d'administration.

5. Afin de garantir la plus grande transparence dans la mise en œuvre du présent Accord, une vérification internationale périodique appropriée des activités financières de la Fondation devrait être prévue dont le processus ferait l'objet d'un accord entre la Fondation et le Fonds. Les coûts y afférant devraient être assumés par le Fonds.

6. En effectuant les paiements des mesures doivent être prises pour garantir que les personnes éligibles et le public sont informés de manière appropriée des sources autrichiennes du Fonds et du but des paiements.

7. Les détails du versement des paiements devront être établis dans des accords entre le Fonds et la Fondation. Le principe de la couverture appropriée des coûts du personnel et du non-personnel encourus par la Fondation au moyen de la trésorerie du Fonds doit être également régi par ces accords. Des mesures continueront à être prises pour s'assurer que les paiements ne sont pas versés plusieurs fois pour un travail forcé qui aurait été effectué partiellement dans les deux domaines de compétence de la Fondation allemande et du Fonds.

Article 5. Protection des informations

1. La Fondation et le Fonds sont autorisés à se procurer, auprès des autorités et d'autres institutions publiques, les renseignements dont ils ont besoin pour s'acquitter de leur tâche. Ces renseignements ne sont pas communiqués si des dispositions particulières du droit l'interdisent ou si l'intérêt qu'à l'intéressé à ce que les renseignements soient tenus secrets l'emportent sur les intérêts légitimes de la Fondation ou du Fonds.

2. Les renseignements ainsi obtenus ne peuvent servir qu'aux fins définies par le présent Accord et les renseignements personnels concernant les demandeurs ne peuvent

servir qu'à la procédure de paiement. Ces renseignements peuvent être utilisés à d'autres fins si le demandeur y consent.

Article 6. Représentation

1. Le Gouvernement de l'Ukraine peut détacher un représentant auprès du conseil d'administration du Fonds en tant que membre.

2. Le Gouvernement de l'Ukraine veillera à ce qu'il soit permis aux personnes qui seront désignées par le Fonds de prendre connaissance des activités de la Fondation qui sont liées à l'exécution du présent Accord.

Article 7. Protection des droits

L'Ukraine ne présentera aucune autre réclamation envers la République d'Autriche et des entreprises autrichiennes en raison d'esclavage et de travail forcé sous le régime national-socialiste sur le territoire de l'actuelle République d'Autriche.

Article 8. Demandes par d'anciens ressortissants soviétiques ou ukrainiens ou de l'actuelle Ukraine en dehors de l'Accord

Le présent accord n'interdit pas à d'anciens ressortissants soviétiques et ukrainiens ou de l'Ukraine actuelle qui ne relèvent pas du présent accord de présenter des demandes directement au Fonds.

Article 9. Entrée en vigueur

Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du mois qui suivra celui au cours duquel aura été remise la dernière notification par laquelle les Parties contractantes se seront informées de l'accomplissement des formalités de droit interne auxquelles il est subordonné.

Fait à Vienne, le 24 octobre 2000, en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et ukrainienne, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement fédéral de la République d'Autriche:

WOLFGANG SCHÜSSEL

Pour le Gouvernement de la République de l'Ukraine:

OLEXANDER MAIDANNYK